

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben

An den Bundespräsidenten
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Christian Wulff
Bundespräsidialamt

Julius-Leber-Str. 2
33332 Gütersloh
Tel.: 05241/55803
Fax: 05241/9975313
E-Mail:
hd.base@gmx.net
Internet:
www.hansdietrich.de

11010 Berlin

14.09.2010

Offener Brief zum Thema „Rechtsstaat“

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

als direkte Nachkriegsgeneration sind wir – geprägt durch Elternhaus und Schule – in dem Bewusstsein groß geworden, in einem Staat zu leben, in dem Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden und die im Grundgesetz niedergelegten Werte allseits geachtet werden.

Wir haben deshalb geglaubt, dass einem unter Berücksichtigung dieses Fundaments und auf der Grundlage eigener Ideen, in diesem Land auch die Möglichkeit zugestanden wird, sich eine eigene Existenz aufzubauen. Insbesondere auch deshalb, weil z.B. im Bereich der Technik eine staatliche Stelle wie das Deutsche Patent- und Markenamt den „wirksamen Schutz für technische Erfindungen“, also den Schutz geistigen Eigentums, anbietet. Als Schirmherr von „Jugend forscht“ und als Förderer des „Deutschen Zukunftspreises“ wissen Sie, welche Bedeutung dem Amt damit zukommt und welche Erwartungen Existenzgründer in diese Institution setzen.

Umso enttäuschender ist es dann, wenn man erkennen muss, dass eben dieses staatliche Amt den Parteiverrat von Patentanwälten zu Gunsten eines kapitalkräftigen Unternehmens unterstützt. Es missbraucht Vertrauen und betreibt – obwohl zur Objektivität verpflichtet – in einem Dreierbündnis Wirtschaftskriminalität. Unsere Erwartung, dieser Staat, der sich schließlich als Rechtsstaat bezeichnet, hätte schon aus Standortgründen ein Interesse daran, derartige Straftaten aufzuklären, wurde in den vergangenen 15 Jahren nicht erfüllt. Im Gegenteil. Eine Anzeige wegen Parteiverrats, die von der Kriminalpolizei nach ausgiebiger Prüfung empfohlen wurde, wurde mit Methoden der Willkür – mit Rechtsbeugung – beantwortet. Daran beteiligten sich nicht nur Staatsanwälte, sondern im Zusammenspiel mit dem NRW-Petitionsausschuss auch Parlamentarier. Sie werden verstehen, dass man sich da sowohl als Staatsbürger wie auch als Petent veralbert und verhöhnt vorkommt.

Aufgrund der Beteiligung des Deutschen Patent- und Markenamtes hatten wir vor 1^{1/4}

Jahren den Petitionsausschuss des deutschen Bundestages angeschrieben, da die zuständige Aufsichtsbehörde, das Bundesjustizministerium, angeblich keine Manipulationen feststellen konnte. Wann der Ausschuss nach erster Ablehnung unserer Beschwerde nun zu einer Entscheidung kommt, konnten wir bisher noch nicht in Erfahrung bringen.

Wir möchten es bei diesem kurzen Abriss 15-jähriger Willkür zu Gunsten der kapitalkräftigen Firma **Miele** belassen, allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, dass die im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung zumindest in NRW alles andere als strikt befolgt wird. Die beigelegte Anlage aus unserer Zitatensammlung, die wir auf Anregung eines Bekannten aus Bescheiden und Briefen zusammengestellt haben, zeigt den recht laxen Umgang mit diesem Rechtsgut.

So können Sie den Antworten vom 29.01.1999 und 03.05.1999 entnehmen, dass hier in NRW das Innen- und Justizministerium unter Herrn Dr. Behrens zusammengefasst war und der damalige Ministerpräsident, Herr Clement, sogar kurzzeitig als kommissarischer Justizminister fungierte.

Wir sind es nicht allein, die feststellen, dass die immateriellen Werte unseres Grundgesetzes zunehmend den materiellen Werten geopfert werden. Der Blick ins Internet und die Berichte in den anderen unterschiedlichsten Medien zeigen das in erschreckendem Maße. Die Kriminologin, Frau Prof. Dr. Bannenberg, sowie der ehemalige Frankfurter Oberstaatsanwalt, Herr Schauensteiner, sprechen denn hinsichtlich der Korruption auch von einer „Wachstumsbranche“. Die Werte, die unser gesellschaftliches Zusammenleben sichern sollen, scheinen immer mehr in den Hintergrund zu geraten. Und dieser Staat trägt erheblich dazu bei.

Erklären kann man sich ansonsten nicht, dass ein Vorstandsvorsitzender eines in erster Linie staatlichen Konzerns entlassen wurde, weil er eine gefälschte Bilanz nicht unterschreiben wollte.

(http://www.cleanstate.de/TUI_Hauptversammlung.html)

Oder nehmen Sie das Beispiel der hessischen Steuerfahnder, die im Auftrag des Staates/Landes ihre Arbeit ohne Angst vor einflussreichen Namen konsequent erledigten bzw. erledigen wollten. Die Folgen waren Versetzung und sogar Zwangspensionierung aufgrund eines Gefälligkeitsgutachtens eines Psychiaters.

(<http://www.whistleblower-net.de/blog/2009/07/14/wer-aufmuckt-wird-zwangsp Psychiatrisiert/> oder

http://www.wdr.de/tv/tag7/sendungsbeitraege/2009/0913/der_aufsaessige_staatsdiener.jsp)

Andererseits kauft der Staat aber für viel Geld CD's mit Namen von Steuersündern. Diese Logik lässt sich auch unter den unmöglichsten Verbiegungen nicht mehr mit den Werten unseres Grundgesetzes, zu deren Schutz der Staat verpflichtet ist, vereinbaren.

Fatal finden wir zudem, dass die, die sich für eine adäquate Rechtsprechung einsetzen – wir möchten sie nicht unerwähnt lassen – zu oft gedeckelt und eingeschüchtert werden.

(http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/1862051_0_2147_bitterboeser-leserbrief-ex-richter-geht-mit-seiner-zunft-ins-gericht-und-die-schweigt.html)

Dem Resümee, welches der ehemalige Richter am OLG Köln, Herr Dr. Schneider, zum Schluss seiner Festschrift „Der Niedergang des Rechtsstaates“ zog, stimmen wir deshalb uneingeschränkt zu. Herr Dr. Schneider schrieb: „Und so bleibt am Ende die Erkenntnis: Ein Rechtsstaat, wie er den Verfassern des Grundgesetzes vorgeschwebt hat, den haben wir nicht, und wir entfernen uns ständig weiter von diesem Ideal.“ (<http://www.hu-hessen.de/mr/homepage/justiz/info.php?id=134>)

Zum Schluss möchten wir Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, nun fragen: Was wollen Sie in Ihrer Amtszeit unternehmen, um diesem Trend entgegenzuwirken? In welcher Form werden Sie die, die sich um den Erhalt unserer Grundwerte bemühen und die es in allen Lebensbereichen gibt, unterstützen? Wir können uns jedenfalls nicht vorstellen, dass Sie eine Republik repräsentieren möchten, in der Korruption weiterhin eine „Wachstumsbranche“ bleibt.

Für Ihre Antwort vielen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva – Maria Dietrich

Hans Dietrich

P.S.: Da wir davon ausgehen, dass dieses Thema und vor allen Dingen Ihre Antwort viele Bundesbürger und Bundesbürgerinnen interessiert, werden wir diesen Offenen Brief nicht nur auf unserer Homepage www.hansdietrich.de veröffentlichen, sondern soweit es uns möglich ist auch die Öffentlichkeit (Parteien, Institutionen, Medien etc.) informieren.

1 Anlage